

**Rede von Roberta Metsola, Präsidentin des Europäischen Parlaments,  
auf der Tagung des Europäischen Rates  
Brüssel, 17. Oktober 2024**

Guten Morgen,

am 24. Februar 2022 nahm ich erstmals als Präsidentin des Europäischen Parlaments an einer Tagung des Europäischen Rates teil. Vor diesem berüchtigten Tag wähten wir uns in der Sicherheit, dass bestimmte Grenzen nicht mehr überschritten würden – schon gar nicht von Streitmächten. Der Überfall Russlands auf die Ukraine an genau diesem Tag belehrte uns jedoch eines Besseren. Jetzt wissen wir, dass es rote Linien gibt, die Europa nicht überschreiten kann. Das müssen wir uns stets vor Augen halten, zumal Kriegsmüdigkeit, Kreml-Propaganda und Desinformationskampagnen unsere Gesellschaft zu erdrücken bedrohen. Die Menschen in Europa stehen der Ukraine jedoch unermüdlich zur Seite. Der Wille Europas bleibt ungebrochen.

Die Aggression gegen die Ukraine hält inzwischen beinahe 1 000 Tage an. Es herrscht ein Krieg, den die Bevölkerung der Ukraine nicht wollte, dem sie sich jedoch tapfer entgegenstellt. Zu viele Menschen wurden getötet. Zu viele kritische Infrastrukturanlagen in der Ukraine wurden gezielt ins Visier genommen und in Schutt und Asche gelegt. Zu viele Kinder konnten nicht nach Hause zurückkehren. Zu viele Söhne und Töchter rüsten sich für einen weiteren Winter an der Front.

Wir müssen und werden der Ukraine weiterhin beistehen. Ebenso müssen wir jedoch unsere Bemühungen um Frieden verstärken. Frieden, der auf Freiheit, Würde und Gerechtigkeit beruht. Frieden, der keine Kapitulation darstellt. Frieden, der unsere Werte schützt. Wenn all das nicht gegeben ist, kann von echtem Frieden nicht die Rede sein.

Wenn es darum geht, wie die Zukunft der Ukraine aussehen und diesem schrecklichen Krieg ein Ende gesetzt werden soll, müssen wir unmissverständlich klarstellen: Eine starke, souveräne Ukraine ist eine Grundvoraussetzung. Darum hält das Europäische Parlament an seiner Überzeugung fest und betont wieder und wieder, dass Entscheidungen über die Ukraine nur in Abstimmung mit der Ukraine getroffen werden dürfen. Das ist auch der Grund, warum wir die Republik Moldau, die Länder des westlichen Balkans und Georgien weiterhin auf ihrem Weg in die EU unterstützen und die anhaltenden Versuche Russlands, die Region zu destabilisieren, in aller Deutlichkeit – und erforderlichenfalls auch in Form von Sanktionen – anprangern.

Wenn Präsident Wolodymyr Selenskyj sagt, was sein Land braucht, um sich weiter zu verteidigen, welche Schlupflöcher bei unseren Sanktionen noch geschlossen werden müssen und was an finanzieller, logistischer, militärischer und humanitärer Unterstützung nötig ist, um den Wiederaufbau von Ortschaften und Städten zu bewältigen, dann müssen wir zuhören. Das Europäische Parlament hat das verstanden.

Genau deshalb haben wir gleich zu Beginn dieser Wahlperiode eine Entschließung angenommen, in der wir unsere Unterstützung bekräftigen. Vor drei Tagen hat unser Ausschuss für internationalen Handel dafür gestimmt, die Ukraine mit einem außerordentlichen Makrofinanzhilfedarlehen von bis zu 35 Mrd. EUR zu unterstützen. Im Plenum stimmen wir nächste Woche über den endgültigen Wortlaut ab. Wir sind stolz auf die politische und technische Arbeit, die wir geleistet haben. Und darauf, wie schnell wir gehandelt haben.

Ganz besonders möchte ich – persönlich und im Namen des Europäischen Parlaments – hervorheben, dass wir mit unseren Diskussionen und Entscheidungen nicht warten dürfen und auf Lösungen hinarbeiten müssen, ohne unsere Werte zu untergraben.

Dasselbe gilt für unsere Beratungen in Bezug auf die Lage im Nahen Osten.

Als das Parlament letzte Woche in Straßburg tagte, begingen wir am 7. Oktober den ersten Jahrestag der Terroranschläge der Hamas in Israel. Was an diesem Tag geschah, ist durch nichts zu rechtfertigen. Ein Jahr später sind die Wunden noch immer nicht geheilt. Zu wenige Geiseln konnten zu ihren Familien und Freunden zurückkehren.

Die Anschläge vom 7. Oktober haben einen Kreislauf von Krieg, Tod und Verwüstung in Gang gesetzt, der im Gazastreifen Tausenden das Leben gekostet hat. Zu viele Kinder werden nie zu Erwachsenen werden. Zu viele haben erlebt, was Krieg bedeutet.

Es spielt sich eine schreckliche humanitäre Katastrophe ab, und wir müssen mehr tun, um das Leid in dieser Region zu lindern. Sonst droht eine weitere Generation verloren zu gehen.

Dass das iranische Regime, das schon seit Langem die Spaltung der gesamten Region vorantreibt, eingreift und für weitere Destabilisierung sorgt, hat die Lage noch schlimmer gemacht.

Auch angesichts der jüngsten Eskalation in Libanon, an der nun auch die Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon beteiligt ist, ist es wichtiger denn je, eine tragfähige Lösung zu finden – und zwar so rasch wie möglich.

Europa muss dabei eine Rolle spielen, und wir dürfen nicht hinter den Erwartungen zurückbleiben, die man an uns stellt.

Der Standpunkt des Europäischen Parlaments ist klar: Wir werden weiterhin entschlossen die sofortige Freilassung der verbleibenden Geiseln fordern. Wir werden uns weiterhin entschlossen für einen Waffenstillstand starkmachen. Wir werden uns weiterhin entschlossen um Deeskalation bemühen. Und wir werden weiterhin entschlossen auf einen echten, tragfähigen und langfristigen Frieden in der Region hinarbeiten, der diese Bezeichnung auch verdient hat, der auf der Zweistaatenlösung beruht und der den Menschen Palästinas eine echte Perspektive und Israel Sicherheit bietet.

Denn in Zeiten wie diesen reichen Friedensappelle nicht aus. Es geht darum, konkrete Schritte in Richtung einer Deeskalation zu unternehmen. Das gilt auch für die Lage in Sudan. Dort spielt sich momentan die größte Vertreibungskrise weltweit ab, und die Hungerkatastrophe nimmt beispiellose Ausmaße an. Frieden kann nur durch konstruktiven Dialog erzielt werden. Nur wenn wir uns dafür einsetzen, können wir auf einen dauerhaften Waffenstillstand hoffen.

Wir dürfen nicht außer Acht lassen, welche weitreichenden Auswirkungen Instabilität hat. Was in Osteuropa, im Nahen Osten, in Nordafrika oder andernorts nahe unserer Grenzen geschieht, geschieht nicht in Isolation, sondern hat Folgen für Europa. Besonders deutlich zeigt sich das im Bereich der Migration.

Wir brauchen mehr als schnelle Lösungen. Es handelt sich um eine europäische Frage, die einer europäischen Antwort bedarf. Kein Mitgliedstaat sollte sich bei der Bewältigung dieser Herausforderung alleingelassen fühlen.

Das Migrations- und Asylpaket der EU, das wir Anfang dieses Jahres angenommen haben, nachdem es zehn Jahre lang in einer politischen Sackgasse gesteckt hatte, bietet einen Ausweg. Aber es wird nicht funktionieren, wenn wir in besonders schwierigen Zeiten unser gemeinsames Projekt untergraben und nicht ermöglichen, dass es tatsächlich umgesetzt wird.

Genau deshalb ist es so wichtig, noch stärker auf die Umsetzung des Pakets hinzuwirken. So können wir auf die Sorgen der Gemeinschaften eingehen, die besonders stark unter Druck geraten.

Das Paket ist ein Rahmen, auf den wir uns gemeinsam geeinigt haben. Es sorgt für den Schutz unserer Grenzen, ist fair gegenüber jenen, die Anspruch auf Schutz haben, und gleichzeitig streng gegenüber jenen, die keinen Schutzanspruch haben und sicher und rasch rückgeführt werden müssen. Vor allem aber gehen wir damit entschieden gegen Schleusernetze vor, die unter anderem in Form hybrider Bedrohungen von böswilligen Staaten wie Russland und Belarus eingesetzt werden, um schutzbedürftige Menschen auszunutzen und die Migration als Waffe zu instrumentalisieren.

Angesichts dieser hybriden Bedrohungen müssen wir kreativ sein. Wir müssen auf die Akteure reagieren, die versuchen, unsere im Interesse des Gemeinwohls aufgebauten Systeme gegen die Menschen einzusetzen, die dadurch eigentlich geschützt werden sollen. Das kann uns gelingen – auch unter Wahrung unserer Werte und rechtlichen Rahmenbedingungen.

Deshalb müssen wir dringend mehr tun, damit Menschen, deren Asylanträge abgelehnt wurden und die sicher und rasch rückgeführt werden können, auch tatsächlich rückgeführt werden. So können wir unsere Ressourcen für diejenigen nutzen, die sie wirklich benötigen. So können wir den gesellschaftlichen und politischen Druck abfedern, der uns alle im Griff hat.

Das Europäische Parlament wird alles in seiner Macht Stehende tun, um Sie dabei zu unterstützen. Wir müssen dem Migrationspaket der EU eine Chance geben, damit es umgesetzt und wenn nötig sogar ergänzt werden kann. Das Parlament erachtet das Schreiben von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen als guten Ausgangspunkt für unsere Beratungen. Wir wissen auch, dass die Kommission weitere Vorschläge vorlegen könnte, und stehen bereit, um unseren Beitrag zu leisten.

Zusammenarbeit ist dabei das Allerwichtigste. Nur wenn wir eine europäische Lösung – eine umfassende, ganzheitliche und tragfähige Lösung – finden, kann man wirklich von einer Lösung sprechen. Denn nur durch ein abgestimmtes Vorgehen auf europäischer Ebene können wir die Integrität des Schengen-Raums sicherstellen.

Ich bin überzeugt, dass diese Fragen bei der Beurteilung der designierten Kommissionsmitglieder durch das Europäische Parlament eine wichtige Rolle spielen werden. Die Vorbereitungen laufen schon auf Hochtouren, und die ersten Anhörungen finden am 4. November statt.

Das Parlament nimmt dieses Verfahren sehr ernst und wird seinen Aufgaben nachkommen. Ich hoffe, dass das neue Kollegium der Kommissionsmitglieder bestätigt werden kann, damit es Anfang Dezember seine Arbeit aufnehmen kann.

Ich danke Ihnen.